

NGOs planen Gegenforum zum IWF-Treffen

Vom 15. bis zum 17. Oktober wird in Bangkok das diesjährige IWF- und Weltbanktreffen stattfinden. Es steht vor dem Hintergrund des rasanten Wirtschaftswachstums, das Thailand als Modellfall erfolgreicher Entwicklungsstrategie erscheinen läßt. Doch hinter den wirtschaftlichen Erfolgen steht ein trauriger Rekord ökologischer Zerstörung, sozialer Ungerechtigkeit und Menschenrechtsverletzungen.

Mehrere NGOs wollen gemeinsam ein paralleles Gegenforum organisieren, um Alternativen zur vorherrschenden Entwicklungsstrategie vorzustellen und zu diskutieren. Das Gegenforum wird aus einem thailändischen Treffen (voraussichtlich 9. bis 11. Oktober), einem internationalen Treffen (13.10.-15.10.), Workshops (16.10.-17.10.) und einer Abschlußveranstaltung mit Pressekonferenz (18.10.) bestehen.

Während des thailändischen und internationalen Treffens werden Betroffene anhand von Fallstudien die sie betreffenden Probleme diskutieren. Die Vorstellung der Fallstudien soll durch Dias und andere Medien unterstützt werden. Die Workshops dienen zum einen dem Austausch zwischen Betroffenen und der gegenseitigen Unterstützung in politischen Kämpfen; zum anderen sollen Alternativstrategien und eigenes Expertenwissen für die inhaltliche Auseinandersetzung mit Politikern und Funktionären von Banken und anderen Institutionen erarbeitet werden.

Im Rahmen des Internationalen Treffens sollen Fallstudien zu den Problembereichen Forstwirtschaft, Wasserversorgung, Landwirtschaft und Urbanisierung/Industrialisierung in verschiedenen Ländern behandelt werden. Das thailändische Treffen

wird diese und einige andere Themen (z.B. Hill Tribes, Energieversorgung oder Landverteilung) im nationalen Zusammenhang behandeln.

Alle Fallstudien werden auch schriftlich vorliegen (thailändische Texte mit englischen Zusammenfassungen). Während des thailändischen Treffens wird eine englische Simultanübersetzung angeboten werden, um ausländischen Beobachtern die Teilnahme zu ermöglichen. Am Rande der Treffen sollen Kontakte zwischen thailändischen und ausländischen Betroffenen organisiert werden. Durch Interviews, Presseerklärungen u.a. wollen die Veranstalter Kontakte zu den Medien knüpfen, um eine Gegenöffentlichkeit für alternative Entwicklungsstrategien zu schaffen.

Im Arbeitskomitee zur Vorbereitung des Gegenforums sind zur Zeit folgende Organisatio-

nen tätig: Thai Volunteer Service, Thai Development Support Committee, Local Development Institute, Project for Ecological Recovery, Thai NGOs' Coordinating Committee on Rural Development.


Anfragen, Kommentare und Vorschläge können an folgende Adressen gerichtet werden:

NGO-CORD, 22/9 2nd Floor Kaset Villa Tower, Soi Than Pooying Paholyothin, Ngarm-Wongwan Road, Bangkok, Bangkok 10900 (für das thailändische Treffen); Project for Ecological Recovery, 77/3 Soi Nomchit, Nares Road, Bangrak, Bangkok 10500 (für das Internationale Treffen).


Wirtschaftsaussichten gemischt

Nach den zweistelligen Zuwachsraten der letzten Jahre ist für die kommenden Jahre mit geringerem Wachstum zu rechnen. Grund dafür ist die globale Rezession, die zu Exporteinbußen führte, verstärkt durch die Auswirkungen des Nahostkrieges, u.a. im Bereich Tourismus/Deviseneinnahmen. Eine restriktive Finanzpolitik von Zentralbank und neuer Regierung, um ein weiteres Ansteigen der Inflation (offiziell um die 6-7%) in den Griff zu bekommen, sowie schlechtere Investitionsbedingungen (Auslandsinvestitionen gingen um etwa 60% zurück) und allgemeine infrastrukturbedingte Mängel sind weitere Gründe. Es fehlt an qualifizierten Fachkräften und Technikern/Ingenieuren. Bangkoks Verkehr ist inzwischen ein offiziell anerkanntes Hindernis für das Wirtschaftswachstum. Die Kommunikationsnetze sind weit hinter dem Bedarf zurück und der Boom der letzten Jahre hat zu einem übersteigerten Import von Luxusgütern für die „nouveau riche“ geführt, was in der Zahlungsbilanz ein Loch hinterlassen hat. Auf der positiven Seite werden die zu erwartenden Teilprivatisierungen einiger Staatsbetriebe genannt sowie die Tatsache, daß durch den Putsch im Februar sich die Bestechungsgelder auf ein „Normalmaß“ eependeln: Militärs seien nicht so raffgierig wie Politiker... Es wird mit einem Wachstum von 8-9% für dieses Jahr gerechnet.

vgl. BP 6.5/91



**akademie klausenhof**  
Von Klausenhof IWF anerkannt Einrichtung der Weiterbildung



**Südostasien Informationsstelle**  
Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien, Gemeinnütziger e.V.

**Thailand auf dem erfolgreichen Weg zur Industrienation?**

**Studientagung anlässlich der IWF/Weltbank-Konferenz in Bangkok im Oktober 1991**

von Freitag, den 12. bis  
Sonntag, den 14. Juli 1991

in der  
**Akademie Klausenhof,  
Hamminkeln-Dingden**

**Als Programmt Themen stehen:**

- „Weltbank und IWF in Thailand“: Vertreter der NGOs aus Thailand
- „Die Entwicklung auf dem Lande und die Situation der Bauern“
- „Die Umweltsituation – von der Waldzerstörung bis zum Versinken Bangkoks“
- „Industrieentwicklung und Gewerkschaftsbewegung – billige Arbeitskräfte für ausländische Unternehmen“
- „Zur Situation der Frauen“
- „Buddhismus in der Marktwirtschaft“

**Gewerkschaften der Staatsbetriebe aufgelöst**

Mitte März überraschte der Luftwaffen-Chef, Gen. Kaset Rojanil, die Öffentlichkeit damit, daß der NPKC (National Peacekeeping Council, das derzeitige Militärregime) die Gewerkschaften der Staatsbetriebe auflösen werde. Tags darauf bestätigte der Armee-Chef Gen. Suchinda, daß dies einer der Hauptgründe für den Putsch gewesen sei. Die Gewerkschaften der Staatsbetriebe hätten in der Vergangenheit immer wieder mit Streiks gegen das öffentliche Interesse verstoßen und widersetzten sich der Privatisierung der Betriebe, was dazu dienen sollte, die Kosten für öffentliche Dienstleistungen niedrig zu halten. Die Ankündigung des NPKC hat unter den Gewerkschaften allgemein große Betroffenheit ausgelöst, aber angesichts des bestehenden Kriegsrechts waren praktisch keinerlei Aktionen gegen das drohende Verbot möglich.

Die Geschäftswelt Bangkoks und ihr inoffizielles Sprachrohr, die Bangkok Post, hat die Ankündigung als längst überfällige Maßnahme bezeichnet, da die Gewerkschaften aufgrund ihrer besonderen Stellung Vorteile für die Beschäftigten der Staatsbetriebe gegenüber den Beschäftigten der gewerblichen Betriebe verschafft und des öfteren aus politischen Motiven heraus gestreikt hätten. Die NPKC-Führung hatte zudem angekündigt, daß das Kriegsrecht erst aufgehoben werde, wenn die Gewerkschaften aufgelöst sind.

Am 15. April verabschiedete die Nationalversammlung in drei Lesungen mit 223 zu 4 Stimmen zwei Gesetze, die die Auflösung der Gewerkschaften der Staatsbetriebe und die Schaffung von „Vereinigungen“ vorsieht. Nach den beiden Gesetzen wird das Vermögen der Gewerkschaften eingezogen und an das Rote Kreuz vermach. Für Staatsbetriebe gilt künftig ein Streikverbot. Konflikte sollen in einem noch einzurichtenden Komitee, das zu gleichen Teilen aus Arbei-

tern, Geschäftsführung, und Beamten besetzt ist, geregelt werden. Die 4 Gewerkschaftsvertreter in der Nationalversammlung brandmarkten die Gesetze als einen Versuch, Kritik an dubiosen Privatisierungsversuchen durch Kabinettsmitglieder zu unterbinden. Da die Geschäftsleitungen der meisten dieser Firmen nicht aus Wirtschaftskreisen sondern aus Beamten, Militärs und Politikern zusammengesetzt seien, die sich dadurch eine goldene Nase verdienten, hätten es die Gewerkschaften als ihre nationale Pflicht angesehen, dies wo immer möglich zu verhindern. Im Ergebnis seien sie als Hilfstruppen bestimmter Politiker und Störenfriede beschimpft worden.

Aus Solidarität mit den Gewerkschaftlern sind am Tag der Verabschiedung der Gesetze 9 Richter des zentralen Arbeitsgerichtes zurückgetreten, da diese Gesetze die Demokratie zerstören. Die traditionell von der Regierung unterstützten Veranstaltungen zum 1. Mai fanden unter massiver Präsenz von Geheimpolizei und Abwesenheit fast aller Gewerkschaftsmitglieder statt. In der Folge wurde am 3. Mai das Kriegsrecht in weiten Teilen Thailands aufgehoben. Bis Mitte Mai haben 20 Ex-Gewerkschaften Antrag auf Zulassung als „Vereinigung“ gestellt. Weitreichende Proteste sind aus dem Ausland zu erwarten als erstes protestierte der Internationale Bund Freier Gewerkschaften und es steht zu erwarten, daß Thailand auf der Jahressitzung der Weltarbeitsbehörde ILO in Genf öffentliche Kritik und eine Untersuchung über sich ergehen lassen muß, da es die meisten ILO Konventionen unterzeichnet hat. Thailand derzeit bedacht auf seinen internationalen Ruf reagiert empfindlich auf internationale Proteste!

vgl. BP 16.,20.-22.3.; 3.-5.,14.-18.,21.4.,6.-12.5.91; NR 16.-24.3.;16.4.91

**Mitglieder für Nationalversammlung ernannt**

Am 14.3 wurden die Namen der vom NPKC (National Peacekeeping Council, das derzeitige Militärregime) ernannten 292 Mitglieder der Nationalversammlung bekannt. Etwas über die Hälfte (149) sind aktive und ehemalige Militärs, dazu 70 ranghohe Beamte, die traditionell eher mit den Militärs stimmen, sowie eine Reihe von zumeist militärfreundlichen Geschäftsleuten (36). Dazwischen sind 4 Vertreter von Gewerkschaften und 5 aus dem Medienbereich sowie 12 ehemalige Parlamentarier. Die Nationalversammlung agiert bis zu den Neuwahlen gegenüber der Anand-Regierung als Parlament und hat zur Hauptaufgabe die Ausarbeitung und Verabschiedung einer neuen Verfassung.

Offiziell ist nicht mehr die Rede von Neuwahlen in diesem Jahr sondern erst Anfang nächsten Jahres. Hauptstreitpunkte sind: die Aufnahme einer Gewaltenteilung in die Verfassung, die Parlamentarier zwingen würde, bei Aufnahme ins Kabinett ihren Parlamentarier-Status aufzugeben; die Frage, ob Beamte ihren Job bei der Behörde aufgeben müssen, wenn sie ins Kabinett ernannt werden und das Wahlsystem bei zukünftigen Wahlen (Direktwahl oder teilweise Verhältniswahl); die Größe der Wahlbezirke und Anzahl der Abgeordneten pro Bezirk. Der letzte Punkt wird vom Militär als wichtig angesehen, um Wahlbetrug und Stimmenkauf zu erschweren, ersterer, um Korruption bei Aufnahme ins Kabinett zu verhindern. Allgemein wird erwartet, daß das derzeitige Komitee zwar einen Entwurf erstellen wird, daß aber das Militär über seine Vorherrschaft in der Nationalversammlung alle ihm unangenehmen Artikel im Entwurf streichen und ersetzen wird, bevor die Verfassung verabschiedet werden wird.

vgl. BP 1.,15.-20.,30.3.; 2.-9.,21.-30.4.91; NR 16., 22., 24.3.; 2.4.91

**„Ungewöhnlich Reiche“ Politiker benannt**

Die Kommission zur Untersuchung von Bestechungs-Vorfällen gegen ehemalige Minister, die sich in Millionenhöhe bereichert haben sollen, hat Anfang Mai vier Politiker benannt, die innerhalb von zwei Wochen nachweisen sollen, woher ihr während der Regierungs-Amtszeit stark vergrößerter Reichtum

**Kurzmeldungen:**

Das **Kriegsrecht** wurde am 3. Mai **aufgehoben**. Ausgenommen sind eine Reihe von Grenzprovinzen, die auch vor dem Putsch unter Kriegsrecht standen. Darüber hinaus sind davon allerdings auch Gebiete betroffen, in denen es verschiedentlich zu Protesten gegen Umweltzerstörung wie gegen den geplanten Pak Moon Damm oder die Eukalyptus-Plantagen in Buri Ram kam (vgl. SOAI 1/91 S.33). Am 10.5. wurden politische Parteien und Veranstaltungen wieder zugelassen. Das allgemeine Streik-/ Aussperungsverbot bleibt jedoch noch in Kraft. (BP 4.,10.,12.5.91)

**34 finnische Abgeordnete** haben in offenen Briefen gefordert, daß der **Tagungsort der IWF/WB-Tagung verlegt wird**, sofern die thailändischen Militärs nicht bis zum 1.9. die Gewährung der vollständigen Menschenrechte garantierten. Die Weltbank soll zudem die Finanzierung des Pak Moon Staudamm-Projektes verweigern. Außerdem sollten über internationale Kanäle Entwicklungsprojekte gestoppt werden, sowie das derzeit einzige finnische Projekt in Thailand, ein „Forestry Master Plan“, da die beteiligte thailändische Behörde keinerlei Kritik an ihrem Planungsentwurf akzeptiere. (BP 9.5.91)

**Geheimpolizei und führende Nachrichtenoffiziere** der regulären Polizei trafen sich am 9.5. um gegen die „Anti Military Dictatorship Group“ vorzugehen, die verschiedene ausländische Regierungen und Finanz-Institutionen über die Botschaften in Briefen aufgefordert hat, der IWF/WB-Tagung zu boykottieren. (BP 11.5.91)

**US-AID und andere amerikanische Hilfe** wurde in Folge des Putsches **eingefroren**. Die direkte Hilfe für US-AID für das laufende Jahr hätte \$ 95,5 Mio., die militärische (Ausbildung und Waffenkauf) \$ 25,1 Mio. betragen. Für 1992 waren \$ 12,3 Mio. US-AID und \$ 2,5 Mio. für das militärische Ausbildungsprogramm sowie \$ 2,5 Mio. für die Unterstützung von Grenzland-Dörfern in Aussicht, die unter Auswirkungen des Kambodscha-Konfliktes leiden. (BP 8.3.91)



## Kurzmeldungen:

**Die giftigen Rückstände** eines Großfeuers in einem Lagerschuppen im Hafen Klong Toey/Bangkok, bei dem Tonnen teilweise unbekannter Chemikalien in Rauch aufgingen, wurden auf Veranlassung der Militärführung auf einem Militärgelände in der Provinz Kanchanaburi vergraben, bis sie 1993 entsorgt werden können. Bei dem Feuer wurde ein ganzes Slumgebiet vernichtet und in der Folge kamen Hunderte mit Vergiftungen, Hautausschlag und Atembeschwerden in Behandlung. Die Bewohner Kanchanaburis haben gegen die Einlagerung in ihrer Provinz protestiert, da davon auch Trinkwasser-Reserven bedroht seien. Unter bisher 23 identifizierten Chemikalien waren Methylbromid, Trichlorisocyanosäure (bek. v. Bophal/Indien), Phosphorsäure und Schwefel. (div. BP/ NR März/April/Mai)

Die „Voluntary Group for Consumers of Thailand“ führt seit November 1989 Seminare für Frauen im ländlichen Raum durch, um Entscheidungshilfen beim Einkauf zu geben. Dabei soll vor allem das Bewußtsein für umweltverträgliche und gesunde Produkte geschärft werden; so werden zum Beispiel Informationen zur Vermeidung greller Farbstoffe in Lebensmitteln und zum vorsichtigen Umgang mit Waschmitteln, Medikamenten und Pestiziden gegeben. (Thai Development Newsletter No.19)

Die Regierung hat zwar nach anfänglichem Zögern eine Aufklärungskampagne über AIDS gestartet, auf den Postern werden aber in der Regel nur Prostituierte, Drogenabhängige und Transvestiten gezeigt. Ein geplantes AIDS-Gesetz würde HIV-Positive kriminalisieren und ihre Überwachung ermöglichen. Die Regierungspolitik richte sich gegen ohnehin benachteiligte Gruppen der thailändischen Gesellschaft, anstatt alle Bevölkerungsschichten – und vor allem die Männer – zu geändertem Verhalten anzuregen. Selbst Männer, die regelmäßig Prostituierte aufsuchen und zum Gebrauch von Kondomen bewegt werden sollten, fühlten sich nicht angesprochen. (Thai Development Newsletter No.18+19)

stammt. Die vier benannten sind der SAP-Generalsekretär Montri Pongpanich, ehem. Minister für Kommunikation und Verkehrswesen, der Generalsekretär der Partei des gestürzten Premiers Chatichai sowie ein weiterer Altgedienter der Chart Thai Partei, Pramual Sabhuvasu und Pramarn Adireksarn, und der Chef der Muangchon Partei, Chalerm Yoobamrung, der sich angeblich in Laos aufhalten soll. Die Ergebnisse der Untersuchung weiterer ca. 20 Politiker sind zwar in Aussicht gestellt worden, lassen aber noch auf sich warten. Ihr Besitz und der ihrer Familien wurde eingefroren.

In der Presse wird darüber spekuliert, daß einige Politiker von den Militärs nur deshalb auf die Liste gesetzt wurden, um deren Parteien zu paralisieren. Der „Spitzenkandidat“ für Korruption, Ex-Innenminister Banharn Silpa- Archa, ist aber angeblich auf Drängen einiger Militärs nicht unter den belasteten ersten 4 Politikern: die Thai Presse meldete, er soll angeblich etwa 40 Millionen DM auf seinen Konten gehabt haben, seine Finanzen werden noch untersucht.

vgl. BP 10.,17.- 24.,31.3.; 2.- 5.,13.,21.- 27.4.91; NR 17.,24.3.; 3.4.91

## Arbeitsplätze für Thais im Nahen Osten

Mitte März verkündete der Direktor der Arbeitsbehörde, Gen. Prasong Rananand, daß derzeit 140.000 Thais im Nahen Osten beschäftigt seien, und daß weitere 120.000 Thais beim Wiederaufbau nach dem Irak-Krieg mit Jobs rechnen könnten. Die meisten würden von internationalen Baufirmen angestellt. Arbeitsämter in den Provinzen wurden angewiesen, Bewerbungen für diese Jobs anzunehmen, um skrupellose private Arbeitsvermittler, die ihre Landsleute häufig betrügen, auszuschalten. Der Direktor rechnet damit, daß dadurch weitere 500 Mio DM an Devisen zu erwarten wären, nachdem im letzten Jahr knapp 2 Mrd. (!) aus dem Mittleren Osten nach Thailand zurücküberwiesen wurden. Angesprochen auf den zu erwartenden Mangel an Fachkräften für den einheimischen Markt, sagte der Direktor, pro Jahr würden etwa 6.000 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren in Berufstrainingskursen ausgebildet.

vgl. NR 17.3.91

## NGOs gegen Waldpolitik der Regierung

Im Umweltschutzbereich tätige NGOs haben gegen einen Wiederaufforstungsplan der Regierung protestiert. Der Plan sieht vor allem die kommerzielle Bepflanzung durch private Unternehmen vor. Diese kommerzielle und industrielle Ausrichtung des Programms würde zur Waldzerstörung beitragen, anstatt sie zu stoppen; der Anbau schnellwachsender Eukalyptusbäume könne nicht als umwelterhaltendes Wiederaufforstungsprogramm angesehen werden. Die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung würden nicht ausreichend berücksichtigt.

Quelle: Thai Development Newsletter No.19

## Umweltschutz-Mönch festgenommen

Phra Prajak Khuttajitto wurde am 7. April 1991 festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, ein von der Regierung geschütztes Waldge-

biet der Provinz Buriram im Nordosten des Landes durch die Errichtung eines Gebäudes verletzt zu haben. Zusammen mit den Einwohnern des Distrikts hatte er einen Tempel gebaut und das umliegende Waldgebiet zu einer religiös geschützten Zone erklärt. Die Aktionen richteten sich gegen den von der Regierung unterstützten kommerziellen Anbau von Eukalyptusbäumen. Im letzten Jahr hatte er mit der Polizei zusammengearbeitet, um illegale Fällungen von Bäumen zu verhindern und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Phra Prajak wurde gegen Kautionsfreilassung, das Gerichtsverfahren steht jedoch noch bevor. Eine Gruppe von Studenten in Bangkok besuchte Landwirtschaftsminister Anat Abhabharama, um ihn aufzufordern, die Verfahren gegen Phra Prajak und 24 andere Aktivisten einzustellen

(vgl. auch Südostasien Informationen Nr.1/1991).  
Quellen: Erklärung der UCL, BP 16.4.1991

## BUKO - AGRAR-KOORDINATION

BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGSPOLITIKER AKTIONSGRUPPEN  
GERMAN FEDERAL CONGRESS OF DEVELOPMENT ACTION GROUPS

IV/90

DOSSIER

## Regenwald und Ökologie in Thailand

